

Kombi ohne Lohn - In der Wirtschaftspolitik werden jetzt alle Fehler auf einmal gemacht

von

Heiner Flassbeck

FTD, 16. Januar 2002

Die Werbekampagne der "Anpacker" hat schon Wirkung gezeigt. Selbst die ruhigste aller Hände packt nun zu. Die Bundesregierung, verwirrt vom Anstieg der Arbeitslosigkeit in einer Rezession, hat sich zum Handeln entschlossen. Doch wo packt die Hand hin, möchte man wissen, ist doch nach den Ankündigungen Gerhard Schröders klar, daß sie voll ins Leere greift. Fassen möchte die Hand eigentlich schon was, aber Geld in die Hand nehmen möchte sie dazu nicht. Dieser Versuch der Quadratur des Kreises gelingt in bewährter Kohl'scher Art durch die Subvention von Kapital und Arbeit. Weil die Subvention einer Investition oder eines Arbeitsplatzes nicht so viel kostet wie die Investition oder der Arbeitsplatz selbst, so die Logik, kann man mit wenig Geld viel erreichen, wenn, ja wenn nur die Unternehmen sich davon überzeugen lassen, daß auch in der schlechten Zeit ein kleines staatliches Trostpflaster ausreicht, um Großes zu bewegen.

Also verbilligt man z. B. die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und rechnet aus, wie viele Investitionen damit gefördert werden können, was z. B. in den Verlautbarungen der Grünen die schöne große Zahl von 10 Milliarden subventionierter Investitionssumme ergibt, weil der Anteil der Subvention an jeder Investition logischerweise sehr klein ist. In gleicher Weise ist man auf den Kombilohn gekommen, also eine Subvention für Arbeitsplätze, die ebenfalls pro Kopf nicht viel kosten darf, damit die Zahl der geförderten Köpfe auch ordentlich groß wird und sich gut in der Anpackerwerbung verkaufen läßt. Die Sache hat nur einen kleinen Haken: Auch in der Rezession werden etwa 400 Mrd. Euro pro Jahr investiert. Wenn sich die Unternehmen nur 2 ½ % dieser ohnehin geplanten Investitionssumme subventionieren lassen, hat man eine schöne große Zahl, aber leider gar nichts erreicht. Ähnlich bei den Arbeitsplätzen: Von den zwei bis drei Millionen Arbeitsplätzen, die es im Niedriglohnbereich gibt, kann man getrost ein paar hunderttausend subventionieren, ohne daß auch nur ein einziger neu hinzukommen muß.

Die Grünen wollen aber mit einer Milliarde Euro hunderttausend Arbeitsplätze zusätzlich fördern. Leider haben sie sich wohl um den Faktor zehn verrechnet. Wenn ein Arbeitsplatz nur 100 000 Euro kostet, was sicher nicht hoch gegriffen ist, dann kann man mit 1 Mrd. Euro 10 000 neue Arbeitsplätze bezahlen, nicht aber 100 000. Wenn man den Unternehmen aber nur 10 000 Euro pro Arbeitsplatz oder noch viel weniger gibt, warum sollten sie damit in der Rezession, wo sie - auch unter Einsatz hoher Geldmittel - versuchen, Arbeitsplätze aller Art abzubauen, neue Arbeitsplätze schaffen, die jeweils 90 000 Euro oder mehr kosten?

Was waren das für Zeiten, als die Wirtschaftspolitiker noch wußten, daß aus Nichts immer Nichts wird und die Anregung der Wirtschaft nur mit richtigem Geld zu haben ist. Zwanzig Milliarden Euro müßte man in die Hand nehmen, würde Karl Schiller sagen, um eine Wirtschaft, die jedes Jahr Güter und Dienstleistungen im Wert von 2000 Milliarden Euro produziert, wieder auf den rechten Weg zu bringen. Woher aber soll der moderne Wirtschaftspolitiker 20 Milliarden nehmen, die er nicht hat? Da genau beginnt das Problem. Wer nicht ver-

steht, daß er diese Summe nicht auf dem Konto haben muß, um sie ausgeben zu können, wird immer daneben packen. Auch ein Unternehmen, das in die Zukunft investieren will, hat das Geld in der Regel nicht auf seinem Konto. Wenn die Unternehmen insgesamt in Deutschland nicht jedes Jahr zur Bank gehen, um riesige Summen von denen zu leihen, die Geld haben, aber nicht ausgeben wollen, bricht die Wirtschaft schlicht zusammen.

Solange die privaten Haushalte 10 % ihres Einkommens sparen, müssen sich alle anderen Sektoren genau in dieser Höhe verschulden, um eine Rezession zu vermeiden. Scheut der Staat die Verschuldung, macht er es unmittelbar den Unternehmen schwer, die Bürde zu tragen. Gibt der Staat den Unternehmen in einer Zeit Subventionen, wo sie die Bürde der Investition und der Schaffung von Arbeitsplätzen eigentlich nicht schultern können, bemüht sich aber krampfhaft, die staatliche Verschuldung nicht steigen zu lassen, kann er sich auch die Mühe der Subvention sparen.

Nur wenn die privaten Haushalte nichts mehr sparen, wie im Jahr 2000 in Amerika, dann ist alles ganz einfach. Die Unternehmen bekommen jede Mark, die sie an ihre Arbeiter bezahlen, über den Markt wieder zurück und schwimmen im Geld. Dann kann der Staat fröhlich Überschüsse machen, ohne daß er sich um die Lage der Wirtschaft sorgen müßte. Jedes Maß vergessen, müßte man, in Anlehnung an Ludwig Erhard, den Deutschen zurufen. Leider tun sie uns bisher den Gefallen nicht, ihr gesamtes Einkommen zu verschleudern. Vielleicht haben die Menschen auch einfach nicht verstanden, wieso ihnen die Bundesregierung seit 1. Januar dieses Jahres höhere Ersparnisse sogar mit Steuergeldern vergoldet, wo es doch viel besser wäre, sie würden durch den Verzicht auf jede Ersparnis der Verschuldung von Unternehmen und Staat ein für allemal ein Ende bereiten.